

Fidleg/Finig

Eine Schublade für die Kröte

Die Vorlage zum Finanzdienstleistungsgesetz (Fidleg) und zum Finanzinstituts-gesetz (Finig) geht bald in die gesetzgeberische Schlussrunde. Der Nationalrat wird sie wohl in der Herbstsession als Zweitrat behandeln. Der Vorlage sind in ihrer bisherigen fünfjährigen Odyssee die faulsten administrativen und etatistischen Zähne gezogen worden: die systemwidrige Beweislastumkehr, das umfassende Beraterregister, der Prozesskostenfonds und einiges mehr. Zeit also, die Vorlage in ihrer entschlackten Form zähneknirschend durch das Parlament zu winken? Es sieht danach aus. Von bürgerlichen Parlamentariern ist zu hören, die Kröte sei in dieser Form schluckbar. Selbst der Verband Schweizerischer Vermögensverwalter VSV ist eingeknickt.

Die Vorlage ist kein Bürokratie-Monster, aber sie schwächt den Standort Schweiz

Nun, eigentlich sollte unsere Legislative ehrgeizigere Ziele haben, als schluckbare Kröten zu produzieren. Im Wahlkampf 2015 war noch viel von Regulierungsbremse, Bürokratieabbau für KMU und Stärkung des Standortes die Rede. Die Gesetze in ihren jetzigen Fassungen können zwar nicht mehr als Bürokratie-Monster bezeichnet werden. Aber sie sind noch einen Schritt entfernt von einer verhältnismässigen, eigenverantwortlichen Regulierungsphilosophie, wie sie in der Schweiz lange galt und die unser Land stark machte. Auch und gerade als Finanzstandort.

Unter anderem sollen zum Beispiel neu unabhängige Vermögensverwalter (UVV) zwingend einer umfassenden staatlichen Aufsicht unterstellt werden. Diese UVV sind typischerweise Finanz-KMU mit zwei bis vier Vollzeitstellen. Tüchtige, innovative Unternehmen, von denen es in der Schweiz ungefähr 2500 gibt. Diese brauchen nun bald unabhängige Compliance-Einheiten, differenzierte Kundenkategorisierungen, ausführliche



Wolfram Kuoni
Partner
Kuoni Rechtsanwälte

«Der Kundenschutz wird durch mehr Papier nicht erhöht.»

Gesprächsprotokolle, aufwendige Angemessenheits- und Eignungstests, Basisinformationsblätter für jedes Produkt und vieles andere mehr. Als Hauptargumente führt die Verwaltung den verbesserten Kundenschutz und den Zugang zum EU-Markt an. Der Kundenschutz wird aber durch mehr Papier nicht erhöht. Das Fidleg sieht im Resultat Massnahmen vor, welche die Mehrheit der UVV im Umgang mit ihren meist langjährigen Kunden bereits berücksichtigt und einhält. Sonst gäbe es die Erfolgsgeschichte UVV auf dem Finanzplatz Schweiz nicht; zudem verpflichten das gute alte OR und die zugehörige Gerichtspraxis die UVV zu Transparenz, Risikoaufklärung und «best execution». Die treue Kundschaft wird die neue Papierflut verärgert und ohne Gewinn zur Kenntnis nehmen. Auch hier herrscht «form over substance» statt «substance over form». Der EU-Zugang für Schweizer UVV wird zudem durch den «veradministrierten» Kundenschutz nicht erleichtert, jedenfalls gibt es von der bundesrätlichen Verhandlungsfrente keine entsprechenden Rauchzeichen. Um den Kundenschutz geht es der EU aber auch nicht. Über das Lugano-Abkommen sind die europäischen Mifid-Regeln für Schweizer UVV bereits auf Kundenbeziehungen mit EU-Bürgern anwendbar: Es geht der EU vielmehr um Heimatschutz und Marktabschottung. Hier ist von der Verwaltung argumentative Redlichkeit einzufordern.

Die letzten Inseln einer liberalen Ordnung sind zu schützen

Es wäre zu wünschen, dass das Parlament die Kraft aufbringt, diese insgesamt unnötige, wenn nicht schädliche Vorlage zu schubladisieren. Dies wäre auch ein Akt der institutionellen Emanzipation gegenüber der Verwaltung. Und es wäre ein Bekenntnis, die letzten Inseln einer wirtschaftsliberalen Ordnung im Finanzmarkt recht nicht aufgrund einer falsch verstandenen «EU-Äquivalenz auf Vorrat» preiszugeben.

MEHRWERT (19)

Gut gefördert – doppelt gewonnen

ESTHER-MIRJAM DE BOER

Letzte Woche war Botschaftertreffen der Kampagne «Ready!».

Das Ziel: Verbesserung der Rahmenbedingungen in der frühen Kindheit. Wenn Sie nun an Mozart denken, empfehle ich Ihnen stattdessen ein paar volkswirtschaftliche Überlegungen. Diese stellen die vier Träger sicher, denen es um Chancengleichheit vor dem Schuleintritt geht: Heinz Altorfer, Unesco-Kommission Schweiz, Christoph Eymann, Nationalrat aus Basel, Lavinia Jacobs, Jacobs Foundation, und Milan Prenosil von der Coniserie Sprüngli.

Stellen Sie sich vor, wie es unseren Kindern geht, wenn alle beim Kindergarten eintritt die Umgangssprache und die Regeln des sozialen Zusammenlebens beherrschen. Und was unsere Schulen leisten, wenn alle Kinder mit denselben Voraussetzungen starten. Noch ist das Sozialutopie – die Realität ist in Ballungsgebieten ernüchternd. Genau das will die Kampagne «Ready!» ändern.

«1 Milliarde Franken mehr BIP – ohne Zuwanderung.»

Wer nun einwendet, man solle die Kindererziehung bitteschön den Eltern überlassen, verkennt, dass für manche Kinder die Eltern so exklusiv in der frühen Kindheit nicht der förderlichste Umgang sind. Eine gute Kinderkrippe kann mitunter Wunder wirken. Remo Largo lässt grüssen. Wenn wir es mit den Kleinsten im Lande besser machen – ja, von Staates wegen – dann gehts uns allen besser: mehr Stabilität, weniger Kriminalität, mehr soziale Sicherheit, weniger Problemkinder in den Schulen.

Ökonom Ernst Fehr hat den ROI vorgerechnet. Jeder geschickt und früh ins Kindswohl investierte Franken wird später doppelt bis achtfach zurückbezahlt. Sein Kalkül: bessere Chancen bedeuten bessere Bildung, qualifiziertere Jobs, höhere Löhne, mehr Steuersubstrat, weniger Transferzahlungen. In Zeiten des Fachkräftemangels, von bedrohten Sozialwerken und Negativzinsen kein schlechtes Resultat. In Zahlen: 1 Milliarde Franken mehr BIP – ohne Zuwanderung. Das ist das Prinzip qualitatives Wachstum.

Und was tut der Nationalrat? Er lehnt ebendiesen Vorstoss von Barbara Schmid-Federer ab. Und dann spricht derselbe Nationalrat 100 Millionen Franken, um Krippenplätze zu vergünstigen. Billiger darfs werden – aber nicht besser.

Esther-Mirjam de Boer, Präsidentin Verband Frauenunternehmen, Geschäftsführerin von GetDiversity.

Makroökonomie Warum Angst lähmt

Seit der Grossen Rezession von 2007 bis 2009 werden die Kurzfristzinsen von den weltweit bedeutenden Zentralbanken in der Nähe von null gehalten. In den Vereinigten Staaten liegen sie trotz den jüngsten Zinserhöhungen des Federal Reserve immer noch unter 1 Prozent und auch die Langfristzinsen der wichtigsten Staatsanleihen befinden sich auf ähnlich niedrigem Niveau. Darüber hinaus haben die grossen Zentralbanken in die Märkte eingegriffen, indem sie in rekordverdächtigem Ausmass Staatsschulden aufgekauft haben – und diese immer noch halten.

Warum sind diese wirtschaftlichen Rettungsmassnahmen nötig und warum für so lange Zeit?

Zu sagen, an all dem sei die Grosse Rezession schuld, wäre zu stark vereinfachend. Die langfristigen (inflationbereinigten) Realzinsen haben in der Zeit zwischen 2007 und 2009 nicht wirklich einen Rekordtiefstand erreicht. Betrachtet man ein Schaubild der Erträge zehnjähriger Staatsanleihen über die letzten 35 Jahre, erkennt man einen ziemlich stetigen Abwärtstrend, aus dem die Grosse Rezession nicht besonders heraussticht.

Bei den Realzinsen ist die Lage ähnlich. Während der Grossen Rezession erreichten die Erträge der zehnjährigen inflationsgeschützten Staatsanleihen einmal beinahe 3 Prozent und nach dem Ende der Rezession lagen sie bei etwas unter 2 Prozent. Seitdem sind sie grösstenteils gefallen und auf niedrigerem Niveau geblieben – zuletzt im Mai 2017 auf 0,5 Prozent. Dass Anleger ihr Geld



«Wer Angst um den Arbeitsplatz hat, gibt weniger Geld aus. Er sorgt vor.»

Robert Shiller
Nobelpreisträger Ökonomie

für zehn Jahre zu derart niedrigen Zinsen fest anlegen, legt nahe, dass sich die Stimmung über lange Zeit hin zum Pessimismus gewendet hat.

Menschen können gleichzeitig mehrere widersprüchliche Ansichten hegen

Warum? Meine Theorie über die momentane Stagnation konzentriert sich auf die wachsende Angst vor schnellem technologischen Fortschritt, der letztlich viele Arbeitsplätze überflüssig machen und zu wirtschaftlicher Ungleichheit führen könnte. Der Grund dafür, dass die Menschen immer weniger Geld ausgeben wollen, könnte darin bestehen, dass sie sich um ihre langfristige Beschäftigungssicherheit Sorgen machen. Ist dies der Fall, brauchen sie vielleicht immer höhere Stimuli in Form niedriger Zinsen, um weiter Geld auszugeben.

Seit etwa 2012 eilen die Aktien- und Immobilienmärkte von einem Höchststand zum nächsten. Dies

geschah aber auch während der ersten Grossen Depression immer wieder: Ständig berichteten die Nachrichten über neue Rekordstände des einen oder anderen Wirtschaftsindikators. Im Jahr 1933, am Tiefpunkt der Depression, lagen die Ölproduktion, die Preise für Weizen und Gold sowie für die Sitze an den Rohstoffbörsen auf Rekordniveau.

Solche optimistischen Berichte können den Menschen die Hoffnung geben, dass die Dinge insgesamt besser werden, ohne ihnen allerdings gleichzeitig die Angst zu nehmen, dass immer noch eine wirtschaftliche Katastrophe eintreten könnte. Steuert man nicht durch aussergewöhnliche Stimulierungsmassnahmen dagegen, führen diese düsteren Vorahnungen dazu, dass die Bürger weniger ausgeben. Aus der Psychologie ist bekannt, dass dies kein Widerspruch ist: Menschen können gleichzeitig mehrere und widersprüchliche Ansichten hegen. Wenn die Bevölkerung Angst vor Katastrophenszenarien hat, müssen die Politiker reagieren.

DIALOG



HZ Nr. 20 18.5.2017

«Das Recht auf Technologie? Ein Recht auf Technologie? Wenn die Technologie Sinn macht, ja, auf jeden Fall. Doch leider sind die Beispiele, die Henry I. Miller, ein bekannter Apostel der Gentechnologie, ins Feld führt, umstritten oder gar nachweislich falsch. Ein Report der «New York Times», der auf offiziellen Erhebungen der Landwirtschaftsbehörden beruht, hat 2016 aufgezeigt, dass gentechnisch veränderte

Pflanzen in den USA zu keiner Ertragssteigerung geführt haben und auch zu keiner Reduktion von Herbiziden. Dies im Gegensatz zu Europa, wo bekanntlich kaum gentechnisch veränderte Pflanzen wachsen, in der gleichen Zeitspanne die Erträge stiegen und der Verbrauch an Herbiziden verringert werden konnte. Miller fordert Innovation. Doch wer profitiert von dieser Art von Innovation? Die Landwirtschaft oder eher die Agrarkonzerne? Paul Scherer, Geschäftsleiter SAG Schweizer Allianz Gentechnfrei



HZ Nr. 20 18.5.2017

«Ein Chef muss sich in mehreren Rollen wohlfühlen» Artikel der @Handelszeitung: «Chefs im Wandel» Jürg Eggenberger von der SKO hat hierzu Fragen beantwortet. Schweizer Kader Organisation @SKO_ASC_ASQ

HZ Nr. 21 24.5.2017

«ES2050-Abstimmung beschäftigt die Schweiz» Abstimmung entfacht neue Debatte um Energiepolitik

via @Handelszeitung: Nachwehen der Energieabstimmung #ES2050 Tobias P. Hohl @Nightingal_news

HZ Nr. 21 24.5.2017

«Insekten sollen die Schweizer Küchen erobern» (Keine) Made in Switzerland: Beim Insekten-Kochkurs der Migros ist der Wurm drin @Handelszeitung. Matthias Delay @delay1



HZ Nr. 17 27.4.2017

«Hallo, wir wollen länger arbeiten!» Ich liebe diese Diskussion. Während man als über 45- bis 50-Jähriger praktisch keine Arbeitsstellen und Jobs mehr bekommt in der Schweiz und die Roboter und die Automatisierung bald die restlichen 90 Prozent Arbeitnehmer arbeitslos machen, sollte man als über 65-Jähriger einfach so länger arbeiten? Adrian Heid

HZ Nr. 21 24.5.2017

«Nestlé investiert Millionen in spanische Fabrik» In Deutschland wird das Nescafé-Werk in Mainz geschlossen, weil man dort nicht investieren wollte (angeblich zu teuer). Spanier und Deutsche werden hier gegeneinander ausgespielt, aber das muss im Turbo-Kapitalismus offensichtlich so sein. Peter Nap

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:

E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch
Twitter: twitter.com/handelszeitung
Facebook: facebook.com/handelszeitung
Online: Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel